

Antragsvorlage

Antragsteller:
Datum: **06.05.2015**

Drucks.-Nr. **97/2015**
Anlage(n):1

Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung

Antrag der Fraktion UBP-Fraktion - in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. 5. 2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat stellt den Fraktionen seine Stellungnahme an die Kommunalaufsicht vom 26.1.2015 zur Verfügung.

Problembeschreibung/Begründung:

Im Antwortschreiben der Kommunalaufsicht vom 16.4.2015 bezieht sich die Kommunalaufsicht auf die Stellungnahme des Magistrats zum Vorgang KiTa-Schillerstraße (Eingabe der UBP vom 12.11.2014) Ohne die Kenntnis der Stellungnahme des Magistrats kann es zu Fehlinterpretationen kommen.

sondere Belastung bedeutet, ist im Falle dieser Bürgschaftsgewährung gegeben. Da durch dieses Darlehen eine mtl. Zinsbelastung von rd. 17.000 € in den ersten fünf Jahren und ab dem sechsten Jahr von rd. 27.000 € gegeben ist. Bei einem Volumen im Ergebnishaushalt von

Als Beispiel füge ich den Abschnitt ein, bei dem es um die Zinsbelastung geht. Diese Aussage ist für uns ohne Kenntnis der Stellungnahme des Magistrats nicht verständlich. Eine monatliche Zinsbelastung von 17.000,- € bzw. 27.000,- € entspricht einer jährlichen Zinsbelastung von 204.000,- € und ab dem sechsten Jahr von € 324.000,- Bei einem Kredit in der Größenordnung von € 2 Mio. halten wir diesen Zinsaufwand für exorbitant hoch und für völlig unrealistisch. Die Zinssätze lägen bei 10,2 % p.a. und ab dem sechsten Jahr bei 16,2 % p.a. Das kann nicht sein. Wir bitten die anderen Fraktionen, unserem Antrag zuzustimmen.

Aufgestellt

Mitzeichnung

Einverstanden

.....
Bearbeiter/in

.....
Amt
Amtsleiter/in

.....
Amtsleiter/in

.....
Dezernent



Unabhängige Bürger Pfungstadt (UBP)

Geschäftsstelle:
Sandstraße 5 * D-64319 Pfungstadt
06157- 810 5000
info@ub-pfungstadt.de

Pfungstadt, am 05.05.2015

UBP – Sandstraße 5 - 64319 Pfungstadt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Reinhard Ahlheim
Kirchstraße 12
64319 Pfungstadt

Antrag der Fraktion UBP in der Sitzung der StaVV am 18. 5. 2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat stellt den Fraktionen seine Stellungnahme an die Kommunalaufsicht vom 26.1.2015 zur Verfügung.

Begründung:

Im Antwortschreiben der Kommunalaufsicht vom 16.4.2015 bezieht sich die Kommunalaufsicht auf die Stellungnahme des Magistrats zum Vorgang KiTa-Schillerstraße (Eingabe der UBP vom 12.11.2014) Ohne die Kenntnis der Stellungnahme des Magistrats kann es zu Fehlinterpretationen kommen.

sondere Belastung bedeutet, ist im Falle dieser Bürgschaftsgewährung gegeben. Da durch dieses Darlehen eine mtl. Zinsbelastung von rd. 17.000 € in den ersten fünf Jahren und ab dem sechsten Jahr von rd. 27.000 € gegeben ist. Bei einem Volumen im Ergebnishaushalt von

Als Beispiel füge ich den Abschnitt ein, bei dem es um die Zinsbelastung geht. Diese Aussage ist für uns ohne Kenntnis der Stellungnahme des Magistrats nicht verständlich. Eine monatliche Zinsbelastung von 17.000,- € bzw. 27.000,- € entspricht einer jährlichen Zinsbelastung von 204.000,- € und ab dem sechsten Jahr von € 324.000,- Bei einem Kredit in der Größenordnung von € 2 Mio. halten wir diesen Zinsaufwand für exorbitant hoch und für völlig unrealistisch. Die Zinssätze lägen bei 10,2 % p.a. und ab dem sechsten Jahr bei 16,2 % p.a. Das kann nicht sein. Wir bitten die anderen Fraktionen, unserem Antrag zuzustimmen.

Für die UBP

Richard Kramer